

23.02.2012

Sehr geehrte Kunden und Freunde des Solarservers,

die Befürchtungen der letzten Wochen sind bestätigt worden: Am 23.02.2012 haben Bundeswirtschaftsminister Rösler (FDP) und Bundesumweltminister Röttgen (CDU) die gemeinsame Position der Bundesregierung zur Photovoltaik-Vergütung vorgelegt.

Der Kompromiss sieht sowohl eine zusätzliche Senkung der Einspeisevergütung zum 09.03.2012 als auch die Begrenzung der vergütungsfähigen Strommenge auf 85 % (bis 10 kW) beziehungsweise 90 % für alle übrigen Anlagen vor. Aus aktuellem Anlass haben wir einige Stimmen hierzu gesammelt.

Drastische Kürzung der Solarstrom-Einspeisevergütung, monatliche Degression vom Mai bis zum Jahresende



Bundesumweltminister Röttgen: „Mit unserem Vorschlag zur Photovoltaik-Förderung wollen wir die Zubaumenge und die Kosten wirksam begrenzen. Gleichzeitig schaffen wir für die PV-Industrie stabile Rahmenbedingungen, damit sie sich auch in Zukunft auf dem Weltmarkt behaupten kann.

Wir setzen damit unseren Weg einer kosteneffizienten Förderung der Photovoltaik fort. So werden mit dem neuen Vorschlag die Vergütungssätze gegenüber 2009 halbiert.“

- Die Solarstrom-Einspeisevergütung für neu installierte Photovoltaik-Dachanlagen mit einer Nennleistung bis 10 Kilowatt sinkt durch die einmalige Kürzung zum 9. März um 20,2 %.
- Die Kategorie der Aufdachanlagen von 10 bis 100 kW entfällt (dies entspricht einer Kürzung um 29 %). Und für Anlagen mit mehr als 1.000 kW sinkt die Vergütung um 26,4%.
- Für Photovoltaik-Freiflächenanlagen bis 10 Megawatt (MW) soll die Vergütung ab dem 09.03.2012 von gegenwärtig 17,94 Cent/kWh um 24,7 % auf 13,50 Cent/kWh sinken.
- Vom Mai bis zum Jahresende ist eine monatliche Degression um 0,15 Cent/kWh geplant.
- Ab 2013 sollen weitere jährliche Kürzungen von rund 10 bis 17 % erfolgen.
- Ein fester Deckel für den PV-Zubau ist nicht vorgesehen.

Verbände, Gewerkschaft und Solarwirtschaft kritisieren Regierungspläne aufs Schärfste

EUROSOLAR: Die Energiewende fällt aus; Photovoltaik-Förderung wird Wahlprüfstein für 2013

Keine andere Technologie hat es in so kurzer Zeit geschafft, ihre Kosten zu senken, wie die Photovoltaik, betont EUROSOLAR. Jedes weitere Gigawatt, das in Deutschland zugebaut wird, führe nur noch zu unwesentlichen Mehrkosten und senke gleichzeitig die Importabhängigkeit von fossilen Energieträgern.



Irm Scheer-Pontenagel, Geschäftsführerin von EUROSOLAR.

Dass die Bundesminister Röttgen und Rösler nun den Ausbau der Photovoltaik in Deutschland abrupt zum Stillstand bringen wollen, habe daher ganz eindeutige Gründe.

„Sie wissen ganz genau, dass jedes weitere Gigawatt Photovoltaik Tatsachen schafft. Deswegen warten sie nicht einmal mehr die Auswirkungen der bereits zum 1.1.2012 erfolgten deutlichen Vergütungskürzung um 15 % ab. So eilig hat man es, dass man gleich zum nächsten Schlag ausholt, um ganz sicher zu sein, dass die Photovoltaik diese Runde nicht mehr übersteht“, so Irm Scheer-Pontenagel, Geschäftsführerin von EUROSOLAR.

Das Vorgehen der Bundesminister Röttgen und Rösler sei ein Dammbbruch in der Deutschen Erneuerbare-Energien-Politik, die mehr als 20 Jahre unter verschiedenen Regierungen eine große Kontinuität aufwies, betont EUROSOLAR. Nun komme es erstmals zu einem Rollback, ein Menetekel für den Ausbau der erneuerbaren Energien insgesamt.

"Eine Politik, die nur knapp ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima die Energiewende derart ausbremst, ist beschämend. Dies wird den beiden Protagonisten Röttgen und Rösler dauerhaft anhaften. Ihre Hoffnung, dass dies bis zum Wahljahr 2013 wieder vergessen ist, wird sich nicht erfüllen", so die EUROSOLAR-Geschäftsführerin.

WWF: Schwarz-gelbes Trauerspiel in Sachen Photovoltaik; Abschied vom Ausbau der Solarenergie auf Raten

Der WWF wertet die Einigung von Rösler und Röttgen zur Senkung der Solarförderung als energiepolitisches Trauerspiel. Die Prinzipien monatlicher und einmaliger Kürzungen seien zwar nachvollziehbar, die konkrete Ausgestaltung sei jedoch überzogen.

"Es ist sinnvoll, bei den Zuschüssen für die Branche die enormen Kostensenkungen der vergangenen Jahre zu berücksichtigen, die jetzt vorgelegten Einschnitte bergen das Risiko, die Erfolgsgeschichte des Solarstroms in Deutschland abzuwürgen", bemängelt Eberhard Brandes, Vorstand des WWF Deutschland.

Besonders kritisch sei, dass sich die Regierung vom bisherigen Ziel verabschiedet habe, die Photovoltaik kontinuierlich um 3.000 Megawatt pro Jahr auszubauen. Die Regierung wolle jetzt das Ausbauziel ab 2014 von Jahr zu Jahr um 400 Megawatt senken. "Das ist ein Abschied auf Raten vom Ausbau der Solarenergie. Im Kontext der beschlossenen Energiewende ist dies nicht nachvollziehbar", so Eberhard Brandes.

Centrosolar protestiert mit symbolischer Werksschließung gegen Kahlschlag bei den Einspeisevergütungen für Solarstrom

Im Namen der CENTROSOLAR-Gesamtbelegschaft haben die Mitarbeiter der Centrosolar-Sonnenstromfabrik in Wismar mit einer symbolischen Werksschließung gegen die radikalen Kürzungspläne bei der Solarstromförderung protestiert.



Alexander Kirsch, Chef der CENTROSOLAR Group AG, warnt: „Einen solchen Kahlschlag hatten wir vor vier Jahren in Spanien. Seitdem ist das Land für die Photovoltaik in der Bedeutungslosigkeit verschwunden“

Ein solcher Kahlschlag würde allein bei der CENTROSOLAR rund 1.000 Arbeitsplätze in Deutschland in Gefahr bringen.

Die Mitarbeiter der CENTROSOLAR AG appellieren mit der Aktion an die Politik, sich schützend vor die Beschäftigten der Solarwirtschaft in Deutschland zu stellen und die Solarstromförderung deutlich weniger stark zu reduzieren als von Bundeswirtschaftsminister Rösler geplant.

IG Metall fordert Nothilfe-Programm für die Photovoltaik-Industrie

Auch die IG Metall hat die Kürzungspläne der Bundesregierung bei der Solarstrom-Förderung kritisiert.



*Detlef Wetzel:
"Damit setzt die Bundesregierung die Arbeitsplätze in der Solar-Industrie leichtfertig aufs Spiel."*

"Es geht darum, Stabilität in der Förderung und eine Kostenentlastung der Stromkunden durch eine zügige Degression der Vergütungssätze zu erreichen, die durch den technischen Fortschritt bestimmt wird", so der zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel .

Die Bundesregierung müsse ein Nothilfe-Programm für die Photovoltaik-Industrie auflegen, das aus Bürgschaften und zinsgünstigen Darlehen besteht. Eine Umstellung im Fördersystem oder eine Kürzung, die über die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) schon für 2012 vorgesehenen rund 30 Prozent hinausgehe, sei kontraproduktiv.

Mit freundlichen Grüßen
Rolf Hug (Chefredakteur)

Folgen Sie dem Solarserver auf Twitter, über 2.000 follwers weltweit nutzen diesen Service zur schnellen Information: <http://twitter.com/solarserver>

Impressum:

Der Solarserver ist ein Internetportal der

Heindl Server GmbH

Kaiserstraße 137, D-72764 Reutlingen,
Germany, Tel: ++49 (0)7121 69681-30
E-Mail: info@solarserver.de;

URL: <http://www.solarserver.de>

Geschäftsführer: Rolf Hug;

Registergericht: Amtsgericht Stuttgart;

Registernummer: HRB 382398.

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Abs. 3 MDStV:

Rolf Hug, Chefredakteur (Anschrift wie oben)

Wir freuen uns, wenn Sie die Solarserver-Infomail weiterempfehlen.
Das Anmeldeformular finden Sie nach der Registrierung unter:
solarserver.de/registrierung

Wenn Sie keinen Newsletter mehr wünschen, senden Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff "No Info" an info@solarserver.de